

**Protokoll der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Bau, Umwelt und Verkehr“
des Stadtteilbeirates Walle vom 03.12.2018 im Ortsamt West**

Beginn der Sitzung: 18.00h

Ende: 20.15h

Nr.: XII/11/18

anwesend:

Herr Hauke van Almelo
Herr Jürgen Diekmeyer
Herr Wolfgang Golinski
Herr Heseding (i. V. für Herrn Dr. Seidel)
Herr Jens Hirschberg
Herr Gerald Höns
Herr Thorsten Jahn
Herr Jens Oldenburg
Herr Jörg Taping (i. V. für Herrn Bierstedt)

verhindert sind:

Herr Thomas Bierstedt
Herr Dr. Karsten Seidel

Gäste:

Herr Dr. Vater, Die Bremer Stadtreinigung (Abt. Deponie und Recyclingstationen)
Herr von Ritz-Lichtenow, Verkehrssachbearbeiter
Herr Surhoff, sachk. Bürger
Frau Gerling, Weser-Kurier
circa 30 Bürger*innen

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1:** Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2:** Genehmigung des Protokolls Nr.: XII/10/18 vom 05.11.2018
- TOP 3:** Neuer Deponieabschnitt auf der Blockland-Deponie
dazu eingeladen:
Herr Dr. Vater, Die Bremer Stadtreinigung (Abt. Deponie und Recyclingstationen)
- TOP 4:** Neuer Ordnungsdienst: Auswertung erster Erfahrungen
dazu angefragt: Vertreter*in Ordnungsamt
- TOP 5:** Erörterung eingegangener Bürgeranträge
- TOP 6:** Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten
- TOP 7:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes
- Nicht-öffentlicher Teil der Sitzung:**
TOP 8: Beratung der im Amt eingegangenen Baugenehmigungsverfahren

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird das neue Ausschussmitglied Herr Thorsten Jahn begrüßt. Herr Jahn ist sachkundiger Bürger für die SPD-Fraktion.
Herr Jahn stellt sich vor.

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
Ohne Einwände wird die Beschlussfähigkeit hergestellt und die Tagesordnung genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XII/10/18 vom 05.11.2018
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Neuer Deponieabschnitt auf der Blockland-Deponie

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Dr. Vater von der Bremer Stadtreinigung (Abt. Deponie und Recyclingstationen) zu Gast. Unter Einbeziehung von Fragen aus dem Ausschuss und dem Publikum wird anhand einer edv-gestützten Präsentation (s. Anlage 1) u.a. Folgendes dargestellt:

- Der neue Abschnitt soll im westlichen Teil der Deponie im Bereich von Windrad 3 entstehen, Endhöhe: bis zu 60 Meter. Voraussichtliche Inbetriebnahme nach Abschluss der Genehmigungsverfahren: 2021, Laufzeit bis Ende 2028.
- Ablagerungsvolumen: 433.000 m³ DK I und 50.000 m³ DK III
- Seit dem Jahr 2009 werde das Deponie-Gelände nach und nach stillgelegt und renaturiert: gleichzeitig besteht in der Stadt Bedarf für weitere Lagerungsflächen. Eine Erweiterung in die Breite ist lt. derzeitiger Beschlusslage nicht im Gespräch, es bleibt letztlich die Erhöhung von Deponieabschnitten.
- Gelagert werden sollen Abfälle der Deponieklassen I + III.
Definition DK I: weniger gefährliche Abfälle. Allerdings gehören hierzu bspw. auch Bauabfälle mit Asbestanteilen. Lt. Herrn Dr. Vater werden Asbest-Abfälle mit besonderen Methoden entsorgt. Wie dies im Detail geschieht, verdeutliche die Umwelterklärung für die Blockland-Deponie seines Unternehmens. Die Broschüre sei im Internet zu finden. Die aktualisierte Erklärung für 2018 wird dem Ortsamt zur Weiterleitung an den Beirat zugeleitet.
Ein geringerer Teil der Abfälle, der zur Deponieklasse III (höher belastete Abfälle) gehört, soll in einem Überlappungsverfahren zu den Abfällen der DK I eingebracht werden.
- Herr Dr. Vater erläutert ausführlich das Abdichtungsverfahren mittels undurchlässiger Folien und dem Aufbau von Erdschichten, um die Ableitung der Inhaltsstoffe der neuen Abfälle in das Erdreich und in das Grundwasser zu verhindern. Mit Verwehungen sei nicht zu rechnen.
- Aus dem Ausschuss wird nachgefragt, wo die Abfälle nach dem Jahr 2028 gelagert werden sollen. Vorplanungen zur Identifizierung neuer Lagerungsflächen müssten bereits jetzt starten. Lt. Dr. Vater sei dies eine Fragestellung, die von der Politik zu klären ist. Die Bremer Stadtreinigung ist hier nicht der richtige Ansprechpartner.

Ergebnis (einstimmig):

Die Stellungnahme des Beirates soll im Rahmen des anstehenden offiziellen Genehmigungsverfahrens erfolgen. Im Rahmen dieses Verfahrens wird auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen.

Nachfragen aus dem Ausschuss zu Rückäußerungen der DBS zu Beiratsbeschlüssen:

1. Anlieferung von Grünabfällen auf der Blockland-Deponie
Lt. Herrn Dr. Vater handele es sich hier um ein Ärgernis. Derzeit läuft ein Ausschreibungsverfahren für die Gestaltung einer Fläche. Ab Frühjahr 2019 sei der Platz befahrbar.
2. Eröffnung einer Recycling-Station in Walle im OT Überseestadt?
Im Vergleich zu anderen Bundesländern verfügt Bremen über eine hohe Dichte an Recycling-Stationen. Die Unterhaltung der Stationen sei sehr teuer. Die DBS habe diesen Tätigkeitsbereich im Rahmen der Neuorganisation gerade erst übernommen und muss diesen Bereich einer gründlichen Prüfung unterziehen. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe

gegründet. Herr Dr. Vater nimmt das Anliegen des Ausschusses, eine neue Station in der Überseestadt zu eröffnen, mit in die AG.

TOP 4: Neuer Ordnungsdienst: Auswertung erster Erfahrungen

Innerhalb der Beiratssitzung am 22.11.2018 stellten Bürger*innen erneut ihr Anliegen nach einer Hundefreilauffläche im Waller Park und den Wunsch nach einer Ausnahmeregelung für Hundebesitzer*innen, das Nichtanleinen von Hunden nicht per Ordnungsgeld zu ahnden, dar. Vertreter des Ordnungsamtes sollten, sofern zeitlich möglich, in die Ausschusssitzung am 03.12.2018 eingeladen werden.

Aus zeitlichen Gründen ist es dem Ordnungsamt eine fachliche Begleitung der heutigen Sitzung nicht möglich. Eine Teilnahme an der Januar-Sitzung wird zugesagt.

In der Sitzung anwesende Bürger*innen artikulieren deutlich ihre Forderung nach einem Hundefreilauf im Waller Park. Der Ausschusssprecher weist in diesem Zusammenhang auf die Rechtslage und das geltende Ortsgesetz hin.

Ergebnis: Die weitere Erörterung der Thematik soll zusammen mit dem Vertreter des Ordnungsamtes in der Januar-Sitzung erfolgen.

TOP 5: Erörterung eingegangener Bürgeranträge

Eingeschränktes Halteverbot statt absolutes Halteverbot auf dem Wendeplatz in der Imsumstraße

Der Ausschuss erörtert den Antrag.

Beschluss (einstimmig):

Bei einem eingeschränkten Halteverbot können die Anwohner*innen bis zu drei Minuten parken und es bestände für sie die Möglichkeit, Einkäufe, sperriges Gepäck etc. in die Wohnungen zu bringen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen.

Der Ausschuss stimmt dem Bürgerantrag zu und bittet um Umsetzung.

Busse mit Besucher*innen zur Union-Brauerei/Theater auf dem Union-Gelände in der Holsteiner-/Theodorstraße

Der antragstellende Bürger ist in der Sitzung anwesend und stellt dar, dass die Besucher-Busse zu teils erheblichen Verkehrsbehinderungen führen. Fragestellung: Besteht die Möglichkeit, die Verkehre bspw. über entsprechende Beschilderungen zu verhindern?

Der Ausschuss bespricht das Bürgeranliegen.

Ergebnis:

Vertreter*innen von ASV, Union-Brauerei und BreBau sollen in die nächste Sitzung eingeladen werden, um die Gesamtsituation zu besprechen.

Rückäußerung Ordnungsamt vom 21.11.2018 zu Bürgeranliegen „Verkehrsbehinderungen in der Theodorstraße im Bereich der Brauerei“ + Verkehrskontrollen durch das Ordnungsamt

Lt. Ordnungsamt ist es personell nur in besonderen Problemlagen möglich, konkrete Wohnstraßen in Außenbereichen wie hier in der Theodorstraße zu überwachen. Lediglich sporadische Überwachungen sind möglich, in den Abendstunden und am Wochenende überwacht das Ordnungsamt nicht. Hier muss das örtliche Polizeirevier um Unterstützung gebeten werden. Lt. Polizei kann aufgrund der bestehenden Personalsituation nur im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten kontrolliert werden.

Ausschuss: Kenntnisnahme.

Ordnungsdienst und Hundenauslaufflächen im Waller Park

Zu dieser Thematik sind zwei Bürgeranträge eingegangen: a) „Miteinander tolerant umgehen statt Strafandrohung“ und b) „Kontrollen des Ordnungsamtes im Waller Park“.

Beide Beschwerdeführer sind persönlich in der Sitzung anwesend und stellen ihre Anliegen zusammenfassend vor.

Ergebnis (s. a. TOP 4):

Die Thematik soll ausführlich in der Januar-Sitzung besprochen werden, da dann ein Vertreter des Ordnungsamtes anwesend ist.

Einrichtung Einbahnstraße in der Geestemünder Straße aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens durch die Großbaustelle Kanal- und Gleisbau Waller Heerstraße?

Der Ausschuss erörtert das Anliegen der Bürgerin.

Ergebnis:

Ein Vertreter des ASV soll in die Januar-Sitzung eingeladen werden, um die verkehrliche Gesamtsituation im Bereich Vegesacker Straße, Geestemünder Straße und weitere Nebenstraßen im Zusammenhang mit der Großbaustelle zu besprechen.

„Antrag für mehr Licht im Bremer Westen“

Die Beschwerdeführerin ist in der Sitzung anwesend und stellt den Antrag vor. Dargestellt wird der Bedarf nach einer besseren Beleuchtung im Bremer Westen bspw. am Grünzug an der Bgm.-Deichmann-Straße gesehen.

Stellungnahme (einstimmig):

Der Antrag soll zur Beantwortung der zuständigen Fachbehörde zugeleitet werden.

Bürgerantrag zum Kleingartengebiet Bremer Westen und Bürgerantrag zum Bürgerantrag vom 25.09.2017, 13.09.2018, 25.09.2017

Die Bürgerin übergab Anträge persönlich in der Beiratssitzung am 22.11.2018; die Anträge wurden zur weiteren Bearbeitung an den Fachausschuss „Bau, Umwelt und Verkehr“ des Beirates verwiesen.

Stellungnahme: Zur Weiterleitung an die Ausschussmitglieder fehlt die Einverständniserklärung der Beschwerdeführerin, ob die Anträge anonymisiert oder nicht anonymisiert weitergeleitet werden sollen.

Die Bürgerin ist in der heutigen Sitzung anwesend. Sie möchte zunächst rückkoppeln, in welcher Form die Anträge an den Ausschuss zu versenden sind.

Konflikt um Setzung nicht-klappbarer Pfosten an Wulsdorfer Straße und Dedesdorfer Straße:

Nach Eingang des Schreibens des Amtes für Straßen und Verkehr vom 29.11.2018 erörtert der Ausschuss die Thematik erneut. Anwohner*innen der Straßen sind in der Sitzung zugegen. Die Anwohnerschaft weist energisch darauf hin, dass die Schäden in den beiden Straßen nicht durch ihre Fahrzeuge entstanden sind.

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss spricht sich für die Setzung von vier sogenannten „Feuerwehrrpfosten“ aus. Die Finanzierung soll über das Stadtteilbudget Walle erfolgen. Der Ausschuss kommt damit den Sicherheitsbedürfnissen besorgter Anwohner*innen entgegen, die befürchten im Notfall nicht, verzögert oder in kompromittierender Situation versorgt und gerettet zu werden.

Gleichzeitig betont der Ausschuss deutlich, dass zukünftig bei ähnlich gelagerten Maßnahmen eine vorherige Einbeziehung des Beirates durch das ASV erfolgen muss. Ein regelhafter nachträglicher Ausgleich über das Stadtteilbudget ist nicht möglich.

Gehwegsanierung Langeooger Platz

Lt. Antwortschreiben vom 13.11.2018 sieht der Umweltbetrieb Bremen die Wiederherstellung des Weges als nicht zwingend erforderlich an, da die Anlage von einem umlaufenden Weg gut erschlossen ist. Aufgrund von Mehrausgaben durch die Trockenheit in 2018 sei man gezwungen, nach Einsparmöglichkeiten zu suchen.

Der Ausschuss erörtert das Schreiben.

Stellungnahme (einstimmig):

Der Ausschuss spricht sich für die Beibehaltung einer Wegeverbindung über den Langeooger Platz aus. Aus Sicht des Ausschusses ist die Wiederherstellung der Wegeverbindung durch den Umweltbetrieb Bremen umzusetzen und zu finanzieren. Laut Schreiben vom 17.09.2018 würde die Wiederherstellung des Weges circa 8500€ kosten. Der Ausschuss bittet hierzu um die Präzisierung der entstehenden Kosten. Bei ähnlich gelagerten Maßnahmen bittet der Beirat zukünftig um vorherige Information, um Konflikte wie in diesem Fall zu vermeiden.

Bürgeranfrage Baumpflanzung Scheffelstraße

Die Bürgerin wünscht sich die Pflanzung eines Baums im öffentlichen Straßenraum vor ihrem Haus.

Ergebnis:

Hier wären neben der Anschaffung des Baumes bauliche Maßnahmen zur Anlage eines Beetes im öffentlichen Straßenraum erforderlich. Eine Kostenübernahme seitens des Beirates wird nicht befürwortet.

Die Bürgerin wird gebeten, sich mit ihrem Anliegen zunächst an das Amt für Straßen und Verkehr zu wenden. Zu klären ist, ob eine Baumpflanzung an dieser Stelle technisch möglich ist und ob ggf. Mittel für die Maßnahme vorhanden sind.

TOP 6: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Antrag der SPD „Übertragung des restlichen Stadtteilbudgets 2018 auf das Jahr 2019“

Der Ausschusssprecher verliest und erläutert den Antrag (s. Anlage 2).

Der Ausschuss erörtert den Antrag.

Beschluss (einstimmig):

Dem Antrag wird zugestimmt.

Rückäußerung SUBV vom 01.11.2018 zum Beschluss „Verkehrskonzept im nördlichen Teil des Ortsteils Osterfeuerberg endlich umsetzen!“

Das Schreiben soll am 07.01.2019 erörtert werden.

Rückäußerung ASV vom 28.11.2018 zum Schreiben Stadtteilbudget + verkehrsberuhigende Maßnahmen Hagenweg:

Das Schreiben soll am 07.01.2019 erörtert werden.

Schreiben Hansewasser vom 22.11.2018

Termin zur Fällung der Linden an der Waller Heerstraße zwischen Geestemünder Straße und Helgolander Straße innerhalb der Baumaßnahme: 05.12.2018

Ergebnis: Kenntnisnahme

Schreiben UBB vom 13.11.2018 „Ersatzpflanzungen nach Baumfällungen an der Waller Heerstraße“:

UBB geht davon aus, dass mit der zur Verfügung stehenden Technik und den zur Verfügung stehenden Ausgleichszahlungen Bäume mit einem Stammumfang von 35 – 40 cm nachgepflanzt werden können.

Ergebnis: Kenntnisnahme

Schreiben ASV vom 05.11.2018 mit der Bitte um Stellungnahme „Kanal- und Gleisbau Waller Heerstraße + verkehrsberuhigende Maßnahmen für die Vegesacker Straße:

Die Erörterung des Schreibens soll innerhalb der Sitzung am 07.01.2019 erfolgen. Das ASV soll gebeten werden, die Sitzung fachlich zu begleiten.

Rückäußerung ASV vom 13.11.2018 und 25.10.2018 zu den Betriebszeiten der LSA am Waller Ring

Die Thematik wird erneut besprochen.

Das ASV kann sich eine Ausweitung der Betriebszeiten der Ampelanlagen vorstellen, die Polizei auch. Eine Rückmeldung der BSAG liegt noch nicht vor.

Ergebnis:

Der Ausschuss spricht sich bei einer Enthaltung dafür aus, die bestehende Regelung beizubehalten.

Rückäußerung ASV vom 17.09.2018: Sanierung Radweg Nordstraße:

Das Schreiben soll in der Sitzung am 07.01.2018 besprochen werden.

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Verkehrsordnung Nr. VAO. 2086/12/2011 vom 16.11.2018 – Kohlenstraße

Aufstellung von VZ „Halteverbot“, um den Räumfahrzeugen in der Wintersaison ein Erreichen des Betriebshofes zu ermöglichen.

Entlassung eines Baumes aus den Schutzbestimmungen der Baumschutzverordnung auf dem Grundstück Bürgermeister-Deichmann-Straße 20:

Kenntnisnahme.

Entlassung eines Baumes aus den Schutzbestimmungen der Baumschutzverordnung auf dem Grundstück Bürgermeister-Deichmann-Straße 26:

Kenntnisnahme.

Befreiung von den Verboten der Bremer Baumschutzverordnung auf dem Grundstück Waller Heerstraße 197:

Kenntnisnahme.

Befreiung von den Verboten der Bremer Baumschutzverordnung auf dem Grundstück Waller Heerstraße 217b:

Kenntnisnahme.

Schreiben SUBV zur Standortfindung Trinkbrunnen

SUBV teilt Bedingungen für die Auswahl von Standorten für Trinkbrunnen mit.

Öffentlichkeitsaktionen im Waller Park:

Die Vorsitzende teilt mit, dass sich Die Bremer Stadtreinigung u.U. gemeinsame Öffentlichkeitsaktionen im Waller Park vorstellen kann, um mehr Sauberkeit in den Grünanlagen zu erreichen. Die zuständige Mitarbeiterin würde die Planungen in einer Sitzung Anfang nächsten Jahres vorstellen.

Fragen und Anmerkungen aus Ausschuss und Publikum:

Eine Bürgerin stellt dar, dass es für sie nicht nachvollziehbar sei, vor welchem Hintergrund Bürgeranträge nicht anonymisiert an die zuständige Fachbehörde zur Beantwortung weitergeleitet werden, bei einer Weiterleitung an die Beiratsmitglieder die Bürger um ihr Einverständnis gebeten werden, wie die Weiterleitung erfolgen soll.

Der Ausschuss und die Vorsitzende nehmen den Einwand zur Kenntnis.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

Petra Müller

Wolfgang Golinski